

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; 1.50 die Postbezogen im innerdeutschen Verkehr; Mk. 15.00 einschließl. Postbeteiligung.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl Schluß der Anzeigenpreise: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gack in Wildbad.

Nummer 137

Februar 1921

Wildbad, Donnerstag den 16. Juni 1921

Februar 1921

55 Jahrgang

Sagespiel.

Der Reichstag beriet am Mittwoch Gesetzentwürfe betr. Aenderung des Wehrgesetzes und des Verkehrs mit Getreide für die Ernte 1921.

Das Reichskabinett befaßte sich mit den Wiesbadener Verhandlungen. Minister Rathenau wird voraussichtlich eingeladen werden, seine Pläne im Obersten Rat persönlich darzulegen.

Der Garantieausfluß für die Kriegsschadigung ist von Paris nach Berlin abgereist.

Der Zwölferausfluß der deutschen Parteien in Oberschlesien hat die französische Forderung der Räumung des Annabergs, weil sie ein sicheres Entgegenkommen gegen die Ausständigen bedeutet, abgelehnt.

Churchill trat im Unterhaus für eine Politik des friedlichen Ausgleichs gegen Araber und Türken in Palästina und Mesopotamien ein.

Mustapha Kemal Pascha lehnt Verhandlungen mit England ab.

Präsident Harding soll den Plan verfolgen, ein Zusammenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und dem Britischen Reich in allen Fragen der Weltpolitik herbeizuführen.

Der Krieg um den Frieden.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat, wie berichtet, die Friedensentscheidung des Abgeordneten Porter mit 305 gegen 61 Stimmen angenommen. Die Entscheidung geht nun an den gemeinsamen Verhandlungsausschuß des Senats und des Repräsentantenhauses.

Dass es leichter ist, Krieg zu machen als Frieden zu schließen, zeigt das Schicksal des Antrags Knox, der im amerikanischen Kongress seit Anfang November 1919 zwischen den beiden Häusern hin- und hergeschoben und dabei so gewalttätigen Veränderungen unterworfen worden ist, daß Endform und Umfang erheblich voneinander abweichen. Denn ist sie gänzlich auf die Seite gelegt und durch die Entscheidung des Abgeordneten Porter ersetzt worden, die einfach erklärt, daß der Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland aufgehoben und der Friedenszustand zwischen den beiden Ländern hergestellt ist, während der Antrag Knox den Krieg zu Ende führen wollte durch die Widerrufung der Kriegserklärung vom 6. April 1917. Der Leidensweg des Antrags Knox lieiert ein Schulbeispiel für die Art und Weise, wie man sich in dem Land des geforderten Menschheitsfriedens doch hin und wieder in theoretische und technische Zwistigkeiten verwickeln kann, daß man wie in einer Zwangsjacke steht. Drei Wege können vom Krieg zum Frieden führen: die Einstellung der feindseligen Handlungen auf beiden Seiten, die völlige Unterwerfung des einen Teils durch den andern und der Abschluß eines besonderen Friedensvertrags.

Amerika brachte sich aber nicht einmal auf Beispiele für folglose Beendigung eines Kriegs zu berufen, denn es liegt ja der Waffenstillstand vom 11. November 1918 vor, der nach Ansicht des Senators Knox mehr als ein Waffenstillstand: eine Übergabe, eine Kapitulation war, die ebenfalls einen Kriegszustand zu Ende bringt. Schon aus diesen beiden Gründen: Nachhören der Verhandlungen und Abschluß eines Waffenstillstands, kann sich Amerika gar nicht mehr als im Krieg befindlich betrachten. Es kommt aber noch hinzu, daß derjenige, den Amerika 1917 als seinen „eigenlichen Kriegsgegner“ vorgab, nämlich die kaiserliche Regierung, seit mehr als 2 1/2 Jahren gar nicht mehr vorhanden ist, daß der rechtlich aufrechterhaltene „Krieg“ also gegen jemand weitergeführt wird, gegen den der ursprüngliche Krieg gar nicht gedacht war, nämlich gegen das deutsche Volk. Und schließlich kann Amerika nicht übersehen, daß seit dem 10. Juni 1920 der Versailles Friedensvertrag von „mindestens“ drei Teilnehmern vollzogen und damit wirksam gemacht worden ist. Kraft dieses Friedensvertrags, sagt Knox mit Recht, ist die ganze Welt, die Vereinigten Staaten eingeschlossen, tatsächlich und rechtlich im Friedenszustand.

Die Welt weiß es ja unglaublich, warum Amerika trotzdem noch nicht im Frieden ist. Die selbstherrlichen Talente Wilsons, der seinen Willen durchzusetzen versuchte und damit den kräftigsten Widerspruch des Kongresses und des Landes herausforderte, hatte zu einer weiteren rein

theoretischen Frage geführt, zu der Frage nämlich, wer eigentlich Frieden zu schließen berechtigt sei? Nach der Verfassung ist die Kriegserklärung Sache des Kongresses, der Friedensschluß aber Sache des Präsidenten, der den Rat und die Zustimmung des Senats einzuholen hat. Diese Mitwirkung des Senats überließ Wilson zu keinem Verdenken. Hätte er vor Unterzeichnung des Versailleser Friedensvertrags, so hätte er erfahren, daß er zu diesem Vertrag niemals die verfassungsrechtliche Zustimmung erhalten würde, und dann wäre das Abkommen von Versailles niemals beschaffen worden. Als nun Wilson beschriebenes Papier in der Tasche, das jeglicher Rechtsverbindlichkeit entbehre, und als er ihm diese Verbindlichkeit sichern ließ, anstatt, bezeugt er dem Widerspruch, der schließlich die Präsidentenwahl des Jahres 1920 so stark beeinflusste, daß die Demokratische Partei eine Niederlage erlitt, wie sie vorher noch keine Partei erlebt hatte. Friedensvertrag ohne Zustimmung des Senats mit seinem Friedensvertrag nichts anfangen konnte, und der Senat unter keinen Umständen gewillt war, Wilson nachzugeben, so fand sich das Land in einer Enge, aus der es keinen Ausweg gab, wenn man nicht zu einem neuen Verfahren übergehen wollte.

Diesen neuen Weg ging Senator Knox mit seiner Entscheidung. Um ans Ziel zu kommen, mußte er allerdings der Verfassung eingestanden werden. Er sagte sich, daß zwar die Herstellung des Friedenszustands durch einen Friedensvertrag ohne den Präsidenten verfassungsrechtlich nicht möglich ist, aber er sagte sich auch, daß diejenige verfassungsrechtliche Gewalt, die den Kriegszustand herbeiführen kann, ihn auch beenden können, nämlich der Kongress (Senat und Abgeordnetenhaus). Und so brachte er seinen Antrag ein, der dahin ging, die Kriegserklärung einzuzugewidern und auf diese Weise den Krieg zu beenden. Ob eine solche Beendigung des Kriegs vermag, die verfassungsmäßig Berechtigung des Präsidenten zum Friedensschluß zu erheben, ist noch eine juristische Streitfrage, um die hier gar nicht zu gehen wird, sondern nur um die rein theoretische Frage zu ringen kann. Wilson stellte sich vor die Rechte des Präsidenten, wie sie durch die Verfassung gegeben sind und verweigerte dem Antrag Knox die Unterstützung, nachdem der Antrag am 15. Mai 1920 mit 43 gegen 38 Stimmen und später auch vom Abgeordnetenhause mit großer Mehrheit angenommen worden war. Der Kongress hätte allerdings den Einspruch des Präsidenten unwirksam machen können durch eine neuerliche Abstimmung, die eine Zweidrittel-Mehrheit für die Maßnahme ergeben hätte. Aber bei dieser zweiten Abstimmung ergaben sich nur 219 Ja gegen 152 Nein, und damit war die Möglichkeit des Kongresses, den Frieden gegen den Willen Wilsons zu erzwingen, erschöpft.

Nach der Novemberwahl machte Knox einen neuen Anlauf, seine Sache auszuführen, wegen des nahenden Endes der Wilsonschen Regierung aber wurde die Angelegenheit nicht weiter verfolgt. Erst in dem neuen Kongress wurde Mitte April wieder in eine Behandlung eingetreten, die am 30. April zur Schlußabstimmung und zur Annahme der Knoxschen Entscheidung mit 49 gegen 23 Stimmen führte. Die Republikaner stimmten alle mit Ja; von den Demokraten lösten sich drei von ihrer Partei und gingen mit der andern Seite. Der demokratische Senator Underwood erwiderte sich dabei (trotz seiner Näh- und Schreibmaschinen) als ein besonders gebärdiger Deutscheind. Für diese Heringschaft ist das Kriegziel solange nicht erreicht, als Deutschland noch am Leben ist, wie es ihr Herr und Meister Wilson trotz aller schönen Grundzüge und aller 14 Punkte immer im Auge behalten hat. Daß ich den nackten Deutschenfresserei auch noch ein gut Teil amerikanische Ausbreitungssucht herkäufte, braucht nicht betont zu werden. Amerika will trotz aller oft erklärten Selbstlosigkeit seinen Teil an der Kriegsbeute, ohne die Unannehmlichkeiten, die aus dem Versailleser Vertrag ergeben.

Immerhin haben die Gegner der Friedensentscheidung es zu Wege gebracht, daß der Beschluß des Senats auch im republikanischen Lager auf Widerstand stieß und den Antrag Porter verurteilt, wenn dieser Antrag auch nur den Vordruck hat, den Vorschlag Knox von den Elementen zu befreien, mit denen er unnötigerweise beschwert worden war, nämlich den Bestimmungen über das Schicksal des besetzten deutschen Eigentums in Amerika.

Bei dem ganzen Streit um die Friedensentscheidung laufen außenpolitische und innenpolitische Gedankenreihen bunt durcheinander, und nebenher schiebt sich auch noch die rein verfassungsrechtliche Frage dazwischen, wer in Amerika eigentlich berechtigt ist, Frieden zu schließen und in welchen Formen das geschehen kann. Daß diese ganze Kapitalgerei auf unserem Rücken ausgemacht wird, ist eines der Endergebnisse eines verlorenen Kriegs, über die man sich beklagen kann, gegen die wir aber jetzt machtlos sind, nachdem wir die Waffen aus der Hand gelegt haben. Daß aber ein Land, das uns zu dieser Waffenstreckung verführt hat, seine Kriegslust oder seinen Wortbruch, wie man es nehmen will, lediglich zu seinen politischen Schachergeschäften und zu innerpolitischen Zerereien ausnützt, und diesem unerhörten, allem Völkerrecht und Völkerbrauch ins Gesicht schlagenden Mißbrauch eines erschlichenen Sieges erst dann ein Ende macht, wenn es das eigene Interesse und nicht etwa die grenzenlose Not des leichtgläubigen Gegners erschließt: das ist ein Vorgang, der in der Geschichte der Völker einzig dasteht und der in den Blättern der amerikanischen Geschichte sicherlich nicht zu den rühmlichen Kapiteln zählt.

Reichstag.

Der Reichstag ist am Dienstag nach 10tägiger Unterbrechung zu seiner Arbeit wieder zusammengetreten. Es lag wieder ein gutes Bündel von Anträgen auf Stapel, von denen die besonders bemerkenswerten sind: die deutschen Gefangenen, die 2 1/2 Jahre nach Beendigung des Kriegs noch in feindlicher Gefangenschaft schmachten wegen Meinungen, in denen sie gegen die unannehmlichen Gefangenenvorschriften der französischen Lager verstoßen haben sollen. 14 hat man inzwischen mit Mühe und Not los bekommen, 115 haben auszuharren, bis „ihre Zeit um ist“. Es ist, wie von dem Regierungsvertreter angeführt wurde, keine Aussicht vorhanden, daß die französische Regierung sich erweichen läßt, und so werden auch die gewaltigen Kundgebungen, die am letzten Sonntag in Berlin und vielen anderen deutschen Städten gegen die schimpfliche Schmach veranlaßt wurden, wirkungslos bleiben. Was wir von Frankreich zu erwarten haben, ist das und nichts als das, mag Herr Briand jetzt noch so schöne Worte machen. Er verfolgt doch nur seine besondere Zwecke damit. — Nach den Anträgen ging man über zu der neuen Regelung des Getreideverkehrs. Der volkswirtschaftliche Ausschuss beantragt, von der kommenden Ernte 3 Millionen Tonnen Getreide im Zwangswege d. h. in einem Umlageverfahren zu erfassen und den Rest den Landwirten freizugeben. Ursprünglich waren nur 2 1/2 Millionen Tonnen vorgesehen, der Ausschuss hat aber mit den Stimmen der sozialistischen Parteien und des Zentrums die Umlagemenge auf 3 Millionen erhöht. Reichsernährungsminister Dr. Hermes vertrat den Standpunkt des Ausschusses; an eine volle Zwangsbeschaffung des Getreides sei nicht mehr zu denken, da sie undurchführbar sei. Andererseits könne aber auch die freie Wirtschaft ohne Gefährdung der Volksernährung nicht durchgeführt werden, das Reich werde ohnedies auch beim gemischten Verfahren noch gewaltige Zuschüsse machen müssen. Außerdem ist die Reichskontrolle eine kostspielige Sache. Die Gegenseite kam in dem Präsidenten des Reichswirtschaftsrats v. Braun (Deutschnational) zum Wort, der ausführt, die Steigerung der Getreideerzeugung, auf die es doch vor allem ankommt, sei nur bei freier Wirtschaft möglich. Die Zwangswirtschaft habe nur den Erfolg gehabt, neben der Züchtung des Schiebertums die Produktion mehr und mehr herunterzubringen. Das Umlageverfahren werde seinen Zweck verfehlen; es werde nur den Wohlhabenden zugute kommen und jedenfalls sei ein weiteres Jahr in der Wiederherstellung unserer Wirtschaft verloren.

Sitzungsbericht.

Berlin, 14. Juni.

(Schluß.) Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Der Entwurf sieht eine Umlage von 3 Millionen Tonnen Getreide für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung vor.

Ernährungsminister Dr. Hermes betont die Notwendigkeit der Sicherstellung der versorgungsberechtigten Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen. Wir

brauchen in diesem Jahr 3,5 Millionen Tonnen Inlandsgetreide; das ist auf dem bisherigen Wege nicht möglich. Auch eine vollständige Freigabe der Getreidewirtschaft kann noch nicht ins Auge gefasst werden. Denn durch die Anpassung an den Weltmarktpreis würden Mehl- und Brotgetreidepreise sich stark erhöhen. Ein künstliches Niedrighalten der Preise durch Preiszuschüsse zum Auslandsgetreide ist praktisch undurchführbar. Es wären hierzu 14 bis 15 Milliarden Mark erforderlich. Allerdings müssen wir zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahrs eine Reserve an Vorräten haben, sonst müssen wir wieder zum Frühdruck greifen. Die inländische Vieherzeugung scheint den Bedarf decken zu können, ebenso die Kartoffelerzeugung, nicht aber die Getreideerzeugung. Wir sind somit zum Umlagesystem gekommen. Wir erkennen gerne seine Schwierigkeiten an. Wir sehen in dem Umlagesystem den Übergang zur freien Wirtschaft, eine Förderung der Produktion und das Ende des Schleichhandels. Der Aufgabenkreis der Reichsgetreidestelle findet, abgesehen vom Fortfall der Mühlenkontrolle, auch dadurch eine Einschränkung, daß sie bei der gesamten Erfassungstätigkeit ausbleibt und somit auch weit mehr als die Hälfte abgebaut werden kann. Der Handel findet eine Erweiterung. Für die Erfüllung der Umlage haftet der Erzeuger dem Kommunalverband, dieser dem Lande und dieses dem Reiche. Die Preisgestaltung hängt von der Frage der Reichszuschüsse durch Verbilligung des Mehls ab. Angefordert werden für diesen Zweck im laufenden Jahr 10 bis 15 Milliarden Mark. Hier kann nur schrittweise abgebaut werden, wenn nicht schwere Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens eintreten sollen. Hand in Hand mit dem Abbau müßte eine entsprechende Erhöhung von Lohn und Gehalt gehen.

Inzwischen ist eine große Anzahl von Abänderungsanträgen eingegangen. Ein Antrag Dusch (D.Vp.) fordert Abiehnung und Einführung der freien Wirtschaft; ein Antrag Dr. Herz (M.S.P.) Beibehaltung der Zwangswirtschaft.

Abg. Eder v. Braun (D.nat. Vp.) lehnt im Namen der Landwirtschaft die Vorschläge der Regierung ab. Wenn die Regierung so lange mit der Wiederherstellung der freien Wirtschaft warten wollte, bis unsere Landwirtschaft unseren Inlandsbedarf decken könne, werden sie lange warten müssen. Nur die freie Wirtschaft könne den Interessen der Verbraucher entsprechen. Somit erwarten wir auch nichts von dem Umlageverfahren, zumal die Frage der Selbstversorgung und der Deputate nicht genügend geklärt ist. Nur der freie Verkehr befreie uns von dem Schieberhandel. Auch im Weg des freien Handels habe die Regierung die Macht, den Brotpreis auf einem niedrigeren Stand zu halten. Sie müsse nur verhindern, daß deutsches Getreide ausgeführt werde und für eine Verbilligung des Auslandsgetreides sorgen. Die Umlage verleihe das Rechtgefühl der Landwirtschaft und werde keinen Erfolg haben. Selbst der Reichsrat habe sich dagegen ausgesprochen. Die Erhöhung der Erzeugung könne nur auf dem Wege der freien Wirtschaft erfolgen.

Abg. Schmidt-Köpenik (Soz.) verlangt die Beibehaltung der Zwangswirtschaft, denn die geplante Umlage werde ihren Zweck nicht erfüllen. Der Widerstand der Reichsräte gegen den Vorschlag sei nicht berechtigt. Die Arbeiterschaft sei bereit, mit der Landwirtschaft sich in dieser Frage zu verständigen.

Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen wird an den sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Berlin, 15. Juni.

Die Sitzung beginnt kurz nach 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Verringerung des Wehrgesetzes vom 23. März 1921. Auf Verlangen der Entente soll darnach das Wehrgesetz dahin geändert werden, daß in § 2 ausdrücklich festgesetzt wird, daß in die Zahl von 100 000 Mann 4000 Offiziere und im Offiziersrang stehende Beamte als Höchstzahl eingeschlossen sind. Im § 18 wird festgesetzt, daß die Zugehörigkeit zur Wehrmacht

für die Soldaten vom Tag des Dienst Eintritts bis zum Ablauf des Entlassungsstabs dauert. Es soll hierdurch verbietet werden, daß die Rekruten einer Probezeit unterworfen werden. Weiter soll bestimmt werden, daß jährlich vor Ablauf der Dienstverpflichtung höchstens 5 Proz. der Höchststärke der Offiziere und der im Offiziersrang stehenden Beamten, sowie höchstens 5 Prozent der Höchststärke der Unteroffiziere und Mannschaften entlassen werden. Heeresangehörige, die infolge des neuen Gesetzes entlassen werden müssen, sollen besonders versorgt werden.

Behrminister Geiler: Das Gesetz ist durch das Minimum notwendig geworden. Ich wäre dem hohen Hause sehr dankbar, wenn das Gesetz noch heute verabschiedet werden könnte, da heute die Frist abläuft.

Das Gesetz wird ohne Aussprache in 2. und 3. Lesung erledigt und auch in der Gesamtstimmung angenommen.

Neues vom Tage.

Landarbeiterstreik.

Berlin, 15. Juni. Die Arbeiter der 18 städtischen Güter Berlins beschloßen, in den Streik einzutreten, um eine Lohnherabsetzung und ihr Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung durchzusetzen.

Neuer Streit in England?

London, 15. Juni. Die Verhandlungen in der Metallindustrie wegen der Lohnherabsetzung sind abgebrochen worden. Man glaubt, daß die Arbeiter in den Streik treten werden.

Wetterleuchten in Kleinasien.

London, 15. Juni. Nach der „Morning Post“ hat das Haupt der nationalistischen Regierung in Angora eine Kundmachung erlassen, daß er es unbedingt ablehne, mit England in Unterhandlungen zu treten. Er habe jetzt eine mächtige Regierung gebildet und die ganze mohammedanische Welt stehe hinter ihm.

Neuer erklärt, die Republikanische Aserbeidschan, Georgien und Armenien haben einen Bund für Zoll, Verteidigung und allgemeine auswärtige Politik geschlossen.

Amerikanische Pläne. Verteilung der Welt unter der angelsächsischen Rasse.

Paris, 15. Juni. Der Londoner „Times“ meldet ihr Berichterstatter in Washington, die Politik Hardings (und des Staatssekretärs Hughes) zielt auf ein Zusammenwirken der Vereinigten Staaten und dem britischen Reich ab, das, wie die „Times“ sagt, ohne ein förmliches Bündnis die Regelung der unerledigten Weltfragen ermöglichen und die Ordnung der Welt wiederherstellen würde. Der Vertrag von Versailles solle von den Vereinigten Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach in nicht fernem Zeit anerkannt und genehmigt werden, allerdings mit weitreichenden Vorbehalten Amerikas. Die Vereinigten Staaten würden nach Hardings Plan ihre Seeherrschaft auf das Stille Weltmeer beschränken und das Atlantische Weltmeer Großbritannien als dessen Einflusssphäre überlassen. Voraussetzung sei selbstverständlich, daß England auf das Bündnis mit Japan verzichte.

In einem Leitartikel sagt die „Times“, dieser Plan würde vom ganzen britischen Reich und der Entente mit Freude aufgenommen werden. Die Bande, die England mit Frankreich verknüpfen, dürfen nicht gelockert werden; das Einvernehmen mit Frankreich müsse der Eckstein der europäischen Festlandspolitik Großbritanniens bleiben und würde der von Washington vorgeschlagenen Politik nur förderlich sein, während ein englisch-französischer Streit oder nur eine Abkühlung der beiderseitigen Beziehungen die Vereinigten Staaten dazu führen würde, wieder abseits zu treten. Nur Torheit auf englischer oder französischer Seite könnte zu einem solchen Unglück führen. In diesem Fall müßten die Staatsmänner Englands und Amerikas sich mit dem Gedanken einer engen Abmachung (Bündnis) zwischen den englisch-sprechenden Völkern vertraut machen. Die „Times“ hofft, daß jede Gelegenheitspolitik und Wankelmütigkeit aufgegeben werde, wenn diese große Frage im Zusammenhang mit

der amerikanischen Anerkennung des Vertrags von Versailles vor den Obersten Rat oder die führenden Staatsmänner komme. (Ob der „Plan Hardings“ tatsächlich besteht oder ob die Meldung nur ein Fäher von gewisser Seite ist, läßt sich noch nicht erkennen. England könnte in seiner gegenwärtigen überaus schwierigen Lage eine derartige vorläufige Lösung wohl nicht ungelegen kommen. Es ist ferner zu beachten, daß die Meldung über Paris kommt, also durch das Pariser Filter gegangen ist.)

Berlin, 15. Juni. Der französische Vorkonferenzrat hat nach der „Voss. Zig.“ dem Auswärtigen Amt gegenüber darauf gedrungen, daß die Forderung der Verbandskommission in Oberschlesien genau erfüllt und der Annahberg geräumt werde.

Oppeln, 15. Juni. Das Vorgehen der Verbandstruppen gegen die polnischen Aufständischen ist gestern eingestellt worden.

Heute nachmittag tritt der Zwölferausschuß der deutschen Parteien noch einmal zusammen. Er hofft immer noch, daß es ihm gelingen werde, die Verbandskommission von der Berechtigung seiner Forderungen zu überzeugen. General Höfer wollte heute vormittag in Oppeln zwecks Verhandlungen mit dem englischen General Denniker.

Berlin, 15. Juni. Aus Rußland ist eine Probefesung von Pelzen und Fellen eingetroffen, die in Leipzig zur Versteigerung kommen sollen.

Die „Deutsche Allgem. Zig.“ erfährt, es sei nichts davon bekannt, daß Rathenau vom Obersten Rat eingeladen werde, seine Pläne vorzulegen. (Ein englisches Blatt hat die Nachricht in die Welt gesetzt.)

Paris, 15. Juni. Eine Vertreterversammlung der Gewerkschaften der Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung hat sich mit kleiner Mehrheit für den Anschluß an die Moskauer (dritte) Internationale ausgesprochen. (Auch die Gewerkschaft der Eisenbahner hat sich kürzlich für Moskau entschieden.)

Paris, 15. Juni. Die französische Regierung hat beschlossen, eine besondere militärische Abordnung nach Japan zu senden, an deren Spitze Marschall Joffre steht.

London, 15. Juni. Nach halbamtlicher Mitteilung hält Japan an seinen „Rechten“ als Mandatarmacht über gewisse vormals deutsche Inseln im Stillen Weltmeer, die ihm durch den Friedensvertrag von Versailles übertragen seien, fest. Japan ist aber bereit, einige Inseln den Vereinigten Staaten zu überlassen.

Württemberg.

Stuttgart, 15. Juni. (Offiziersvereinigung.) Am 11. Juni fand im Friedrichsbad eine Zusammenkunft der Offiziere der 26. Reserve-Division statt. Gegen 200 Offiziere aus dem ganzen Land versammelten sich um die früheren Kommandeure, General der Infanterie Freiherr v. Soden und Generalleutnant von Fritsch. General v. Soden führte in einer Ansprache aus, daß, wie im Felde, so auch in der Heimat das Wohl des Vaterlands allem Denken und Handeln Richtpunkt sein müsse.

Stuttgart, 15. Juni. (Annahme von Notgeld.) Die Eisenbahnstationskassen nehmen künftig nur noch solches Notgeld in Zahlung, das in demselben Bezirk ausgegeben wurde. Die Einführung des Notgelds nimmt die Stationskasse am Sitz des Ausgabeorts vor. Auf den Ablauf der Gültigkeit, sowie auf die Bekanntmachungen über den Einzug des Notgelds ist genau zu achten.

Die Mieteneinigungsämter. Im württ. Finanzanschluß hatte kürzlich Minister Graf gesagt, die Mieteneinigungsämter erfordern einen jährlichen Verwaltungsaufwand von 2 Milliarden Mark. Wie dem S. C. B. geschrieben wird, hat der Minister diese Ausführung auf dem Städtetag dahin berichtigt, daß die 2 Milliarden von der gesamten Zwangsbewirtschaftung des Wohnungswesens aufgefressen werden.

Vom Landestheater. Der gemeinsame Theaterausschuß des Kultus- und Finanzministeriums und der Stadt Stuttgart unter Vorsitz des Staatspräsidenten Dieckhoff hat der Theaterleitung ausgedrückt, daß

Biola.

Roman aus dem Leben von Georg v. Pletten.

57)

(Nachdruck verboten.)

„Warum, warum habe ich studiert, habe ich so viel gelernt, hat Papa so viel Geld für mich ausgegeben, wo ich doch keine Stelle finde, das Gelernte zu verwerten?“ So klagt unsere arme Mathilde täglich. Und gerade auf diese Frage wissen wir alle keine Antwort außer Verstrickungen auf die Zukunft. Auch Hedwig weiß darauf nichts zu sagen, und das ist wieder ihr Schmerz. Die Verhältnisse zwingen uns, daß wir unseren Haushalt beschränken, daß unsere Kinder jetzt sich selbst erhalten, wenigstens eines. Und da Mathilde, vom Schicksal verfolgt, oder vielmehr, wie Hedwig in ihrem frommen Sinne uns stets verbessert, vom lieben Gott geprüft, nichts Genügendes findet, da ist es die Klage Hedwigs: Warum habe ich nichts gelernt, um verdienen zu können?

Du siehst, lieber Mann, es war eben doch nicht gut, daß wir so viel Wert auf die Selbstbildung Mathildens legten. Bei der heutigen Konkurrenz auf diesem Gebiete ist sie keine hinreichende Versorgung mehr, und die anderen Eigenschaften und Kräfte des Mädchens bleiben ungeübt und unentwickelt. Der Himmel weiß, ob Mathilde mit ihrer gänzlichen Unvertrautheit mit den häuslichen Arbeiten, mit ihrem vorwiegend auf das Schöne und Angenehme gerichteten Sinn, mit der Lust an dem Glanze und an den Herzkreuzungen des Westlebens, die sie jetzt so sehr entbehrt, eine gute Gattin geworden wäre! Wir — o, gestehen wir es uns — haben sie zu sehr verwöhnt, zu sehr angebetet, ob ihrer Schönheit und ihres Geistes willen und ihr darum keinen Wunsch vertragen.

Dagegen haben wir unsere Hedwig vernachlässigt. Sie ist ein goldenes Kind, naiv, natürlich, häuslich, praktisch, paradiesisch, einfach; aber sie hat keine Bildung genossen, sie kennt nicht die Welt, ist nicht weislich,

sonst hätte sie nie die ausgezeichnete Partie des Sohnes des Kommerzienrates ausgeschlagen. Damals — an jenem Mastenball — hätte ich es noch erklärt gefunden. Aber denke Dir, lieber Mann, und jetzt komme ich zur Hauptsache, die ich Dir eigentlich schreiben wollte. Vorgesetzt kam der Herr Assessor Burckhardt zu uns. Er bat in aller Form um eine Unterredung mit unserer Hedwig. Ich konnte sie ihm natürlich nicht abschlagen. Und was war ihr Ergebnis? Er hatte abermals um Hedwigs Hand gerungen, und Hedwig hatte abermals nein gesagt. Sie wollte, so sagte sie mir unter Tränen, jetzt, wo wir in Not seien, nicht dem Manne ihr Jawort geben, den sie früher um eines anderen willen abgewiesen; sie wollte nicht dastehen in den Augen der Welt und in den Augen der Familie des Kommerzienrates, als heirate sie den Sohn des Hanses — nur um seines Geldes willen, nur um eine Hilfe in bedrängter Lage an ihn zu haben für sich und unsere Familie. Lieber Mann, Hedwig denkt edel.“

Eine Träne nach der anderen rann dem Professor über die bleichen Wangen, als er diesen langen Brief gelesen. Er fand die neuen Verhältnisse drückend, noch drückender, als sie waren. Er glaubte, die Seinen littten Not, während sie doch nur einmüde und paradiesisch lebten. Er glaubte, sie seien verachtet, das Gerücht der Leute, während doch nur einige hochmütige Damen und Herren der Gesellschaft sie über die Köpfe ansahen, sich zwar ferner hielten als sonst, aber doch mit Achtung und Mitleid von ihnen dachten, wußten sie doch, daß es nicht eigenes Verschulden war, welches sie in die dürftige Lage versetzt hatte. Der Professor glaubte, er hätte hätte das Glück seiner Tochter untergraben, erst durch seine Nachsichtigkeit und Verwöhnung das Glück Mathildens, und jetzt infolge der dadurch herbeigeführten Verhältnisse das der kleinen Hedwig, der er so viel Aufmerksamkeit, ja vielleiht zu wenig Liebe geschenkt hatte, und die gerade eine so glänzende Partie machen konnte und sie ausschlug — weil sie nicht

den Anschein erwecken wollte, als heirate sie den Ketzer aus der Not! Er würdigte diesen ihren Stolz. Lieber darben, als sich wegwerfen! Hedwig hatte hierin des Professors Charakter geerbt. Ja, hatte sie das erste Mal, als Assessor Burckhardt um sie warb, ja gesagt, so aber! Nein, sie hatte ganz recht! Und sie soll nur den heiraten, den sie wahrhaft liebte! Aber die letzten Andeutungen des Briefes seiner Frau beruhigten ihn. Was mochte im Geiste der kleinen Hedwig vorgehen? Der Professor grübelte und grübelte. Er kam aber zu keinem Resultate. Und so schloß er sich endlich der Meinung seiner Frau an, es dürfe nur eine Täuschung vorliegen.

Der folgende Tag sollte freilich des Käffels Lösung bringen. Der Professor hatte sich nach dem im Zimmer angenommenen Kaffee eben daran gemacht, den Brief seiner Gattin zu beantworten, als der Zimmerkellner klopfte und wieder einen Brief brachte.

„Was ist das? Wieder von Hause? Das bedeutet was?“

„Lenke Dir lieber Mann,“ begann derselbe, „unsere Hedwig verläßt uns, sie will uns verlassen, sie läßt sich nicht halten. Sie hat im Geheimen sich um eine Stelle, als Stütze der Hausfrau beworben und erhalten. Während sich unsere Mathilde mit ihrer glänzenden Ausbildung ein Jahr lang vergeblich um eine für sie passende Stelle bemüht, hat Hedwig die Stelle wie gelogen. Sie sagte nur entschieden: Mama, wir beide dürfen Euch nicht zur Last fallen; Mathilde hat kein Glück. So habe ich's versucht, und ich erkenne in dem Erfolge meiner Bewerbungen und Bemühungen in den Reaktionen den höheren Willen, der mich fortgeben heißt, um mitbedienen zu helfen. Jetzt ist nicht Zeit zu klagen, sondern zu handeln. Wir müssen anständig und mit Würde den Wechsel unserer Verhältnisse tragen.“

(Fortsetzung folgt.)

das Vertrauen zu ihr durch die bekannten Vorgänge nicht erschüttert sei. Ferner hat der Theaterbeirat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten eine Entschliessung angeordnet: Die Aufnahme der bekannten beauftragten Theaterstücke in den Spielplan gibt keinen Anlass, in der künstlerischen Leitung des Landestheaters eine Aenderung einzutreten zu lassen. Der Beirat spricht der Theaterleitung das unerschütterte Vertrauen aus. Eine Vertrauensklärung wurde auch vom Theaterpersonal abgegeben. — Es ist nun, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, zu hoffen, daß Intendant Kehm, Generalmusikdirektor Busch und Oberspielleiter Holl dem Landestheater erhalten werden können.

Zeitungsverbot. Ueber die Zeitung „Der Kommunist“ war am 25. Mai wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Aufreizung die Vorzensur verhängt worden, nachdem sie vorher aus diesen Gründen 13mal beschlagnahmt worden war. Trotzdem wurden von dem Verlag und der Schriftleitung neuerdings wiederholt besondere Nummern ausgegeben, die der Regierungszensur nicht vorgelegt und stark aufreizend waren. Das Staatsministerium hat nun das Erscheinen des Blatts auf 8 Tage verboten.

Stuttgart, 15. Juni. (Der Bock als Gärtner.) Um den häufigen Diebstählen vorzubeugen, waren allenthalben Ueberwachungsdienste bei der Landespolizei eingerichtet worden. In Stuttgart war an einer Stelle u. a. der frühere Telegraphensekretär Ackermann und ein Rumäne (!) namens Jonescu angestellt. Die Diebstähle und Diebstahlversuche nahmen bei dieser Stelle aber trotz des „Ueberwachungsdienstes“ nicht ab, sondern die Klagen nahmen zu. Die Ueberwachung des „Ueberwachungsdienstes“ führte schließlich dazu, daß der Vorstand Ackermann und Jonescu mit einigen anderen um Weihnachten d. J. verhaftet wurden. Sie hatten längere Zeit hindurch die Lebensmittelpatente bestohlen und durch gefälschte Gewichtsanzeige die Eingriffe zu verdecken gesucht. Die Strafkammer verurteilte nun den Ackermann zu 4 Monaten, Jonescu zu 3 Monaten Gefängnis, vier weitere Angeklagten wurden freigesprochen.

Bom Tage. Ein im Ruhestand lebender Bäckermeister hat sich in der oberen Reinsburgstraße zum Fenster hinausgestürzt. Er war sofort tot. — Auf dem Schloßplatz wurde abends einer Dame beim Besteigen des Straßenbahnwagens aus einer Handtasche, die sie am Arm trug, die Geldbörse mit einem namhaften Betrag herausgezogen.

Esslingen, 15. Juni. (Waubrückigkeit.) Vom zweiten Umgang des Turms der Frauenkirche stürzte nachts ein steinerner „Wasserspeier“ ab und riß einen Teil des Gebäudes mit in die Tiefe. Dem Turmgestein haben offenbar die vielen Fabrikgase sehr mitgespielt; sein baulicher Zustand gilt schon längere Zeit in fachverständigen Kreisen als bedenklich.

Marbach, 15. Juni. (Gauliederfest.) Unsere Schillerstadt sieht einem freundigen Fest entgegen. Das erste Gauliederfest des Schillergaues (Schwäb. Sängerbund) womit zugleich die Weihe des Gaues verbunden sein wird, wird am Sonntag, den 26. Juni, in ihren Mauern stattfinden und verspricht einen großen Umfang anzunehmen. Bis jetzt sind schon über 1400 Sänger von den Gauvereinen angemeldet. Auf dem Festplatz, der Schillerhöhe, bzw. auf dem anstehenden Spielplatz des Turnvereins, der am letzten Sonntag unter großer Beteiligung des Schiller-Turngaues seine Weihe erhielt, beginnt es lebhaft zu werden, denn hier wird die große Sängerkapelle, die bei ungünstiger Witterung Schutz bieten soll, erstellt werden. Die von hohen Kastanienbäumen dicht beschattete Schillerhöhe, ein Festplatz, wie ihn wenige Städte aufzuweisen haben, wird den eigentlichen Festplatz bilden und den Gästen einen angenehmen Aufenthalt bieten. Eine Festschrift, vom Verleger Franz Marbach herausgegeben, wird rechtzeitig erscheinen und den Gauvereinen zugesandt werden. Vom Festausschuß wird alles getan werden, um den Sängern und Gästen den Aufenthalt in unserer gastlichen Stadt so angenehm als möglich zu gestalten.

Heilbronn, 15. Juni. (Zeichnungen für den Redar Kanal.) 9 Handels- und Industriefirmen des hiesigen Bezirks haben bereits über 4 Millionen Aktien der Redar-Kanal-Gesellschaft gezeichnet und weitere größere Zeichnungen für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.

Ulm, 15. Juni. (An alle roten Männen.) Am 9. Oktober findet die Einweihung der Gedenktafel für die im Krieg gefallenen und verstorbenen Angehörigen des Regiments im Münster in Ulm statt. Es ergeht hiemit an die Hinterbliebenen der Gefallenen sowie an alle Angehörigen des Regiments im Krieg und Frieden die Aufforderung, sich recht zahlreich an dieser ehrenvollen Weihe zu beteiligen. Wegen Anmeldung zur Teilnahme, Essen usw. erfolgt vom Beauftragten, Wachtmeister a. D. Stoll-Ulm, später durch Zeitungen und Plakate, besondere Mitteilung im Programm.

Heidenheim, 15. Juni. (Das Vertrauen entzogen.) Eine Vollversammlung des Metallarbeiterverbandes hat durch Abstimmung dem Gewerkschaftsbeamten Geiger das Vertrauen entzogen.

Stuttgart, 15. Juni. (Genossenschaftstag.) Der Verband der Gastwirtschaftlichen Deutschlands hielt heute im Stadtgarten seinen 3. Genossenschaftstag ab, dem eine Generalversammlung vorausging, in der die Verlegung der Warenverkehrsvermittlungsstelle von Stuttgart nach Hamburg beschlossen wurde. Der Verband zählt heute 100 Genossenschaften mit über 45000 Mitgliedern. Es wurde u. a. eine Entschliessung angenommen, in der mit Befremden festgestellt wird, daß das Reichsmonopolamt für Branntwein in vielen Fällen Wirtschaftsgenossenschaften von höchster Leistungsfähigkeit die Uebertragung einer Vertriebsstelle ohne triftige Gründe verweigert hat. Die Verteilung des Branntweins sei in erster Linie Sache der Genossenschaften der Gastwirte.

Stuttgart, 15. Juni. (Volksternwarte.) Im kommenden Herbst soll die Volksternwarte der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Turm auf der Uhl-

höhe ist in Nähe im Rohbau fertig. Er wird vom Verein Schwäb. Sternwarte errichtet und erhält eine eiserne Drehscheibe, die von Professor A. Staus-Oberesslingen samt Refraktor auf 5 Jahre zur Verfügung gestellt wurde.

Feuerbad, 15. Juni. (Fabrikbrand bei Bofsch.) Am Dienstag vormittag kurz nach 11 Uhr ist in einem Lagerschuppen der Firma Robert Bofsch Akt. Lichtwerk, ein Brand ausgebrochen. Das Feuer konnte durch die Fabrikfeuerwehr und den Löschzug der Freiwilligen Feuerwehr nach einständiger Tätigkeit bewältigt werden. Als Brandursache ist Selbstentzündung anzunehmen. Der Gebäude- und Sachschaden ist nicht unerheblich.

Hohenkonge O. A. Ludwigsburg, 15. Juni. (Selbstmord.) Am letzten Samstag hat sich ein hier seit 8 Tagen in Arbeit stehender junger Mann erschossen. Der erst 20jährige, der keine Eltern mehr hat, beging die Tat aus Verzweiflung. Seine Leiche wurde nach Tamm überführt.

Baden.

Karlsruhe, 15. Juni. Die Sammlung der Deutschen Kinderhilfe im letzten Winter hat in Karlsruhe 266 220 Mark erbracht.

Heidelberg, 15. Juni. Wie die „Heidelb. N. Nachr.“ hören, hat der Rechnungsabschluß des Kommunalverbands Heidelberg-Stadt für die Zeit seines Bestehens einen Verlust von etwa einer halben Million Mark ergeben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Betrag sich um einige hunderttausend Mark ermäßigt, wenn das Reich gewisse Rückzahlungen macht.

Kedarau, 15. Juni. Der Turnverein Altrip in der Pfalz wollte am Sonntag seine Fahnenweihe abhalten. Die Franzosen erlaubten das Fest nicht. Deshalb kamen die Altriper Turner nach Kedarau und weiheten hier ihre Fahne.

Mosbach, 15. Juni. Der Kreisfeuerwehrtag für den Kreis Mosbach, verbunden mit 50jährigem Stiftungsfest und Fahnenweihe der Freiwilligen Feuerwehr Grünsfeld, findet am Sonntag, den 26. Juni, in Grünsfeld statt.

Lauda, 15. Juni. Der Bauhändler-Tauberggründer Sängerbund hält am 3. Juli in Lauda einen Sängertag ab, an dem 36 Vereine mit über 1100 Sängern sich beteiligen werden.

Karlsruhe, 15. Juni. In der letzten Woche wurden durch Sprengungen bei einem Wegebau im Murgtal Felsstücke auf die Starkstromleitung geschleudert und die Leitung dadurch unterbrochen, jedoch industrielle und landw. Betriebe eine Zeitlang ohne Strom waren.

Unterhessen (Amt Abelsheim), 15. Juni. Eine Versammlung des badischen Molkereiverbands beschloß, von der Buttererzeugung zur Frischmilcherzeugung überzugehen und mit der Stadt Mannheim deshalb zu verhandeln. (Den gleichen Beschluß hat eine Versammlung in Korb gefaßt.)

Freiburg, 15. Juni. Das Reichsarbeitsministerium hat angeordnet, daß in dem Streit der oberbadischen Textilindustrie, der durch die Nichtwiederaufnahme der Arbeit in zwei Fabriken sich unerwartet verlängert hat, ein Schiedsgericht am 16. Juni zusammentrete. Man hofft, daß dadurch die angekündigte Aussperrung aller Textilarbeiter vermieden werden kann.

Wie berichtet, war am 8. d. Mts. auf dem Schloßberg ein Raubüberfall auf einen älteren Herrn gegangen worden. Als Täter wurde jetzt ein etwa 22 Jahre alter Student der Philologie aus Posen namens Niemann verhaftet, der nach längerem Zögern ein Geständnis ablegte.

Metzkirch, 15. Juni. In Anbetracht der Notlage vieler Kleinrentner und Witwen und andererseits der reichlich vorhandenen Grünfütterung einigten sich die Viehhalter, den Milchpreis auf 1.50 Mark zu belassen und keinen Aufschlag vorzunehmen.

Allelei aus dem Elsaß. Der Straßburger „Republikaner“ erhält eine Zuschrift von 22 ehrsüchtigen Rekruten aus dem kleinen Garnisonsstädtchen Bourg-en-Bresse, worin über schlechte Kost und Unsauberkeit in den französischen Kasernen Klage geführt wird: Das Essen ist unrein, nicht gekocht und zudem ein Schweinefleisch. Stinkendes Gefrierfleisch, harte Bohnen und faule Kartoffeln bilden unsere hauptsächlichste Kost, das Brot ist trocken, hart und halb verjault. Morgens bekommt man Marmelade in Form von gekochten und gezuckerten Kartoffeln als Morgenessen hingelegt.

In Schlierbach (Oberelsaß) liegen seit dem Waffenstillstand Gasgranaten, die nun entladen werden. Da diese Arbeit ohne jede Vorkehrung und besonders ohne Maske verrichtet wird, erkrankten innerhalb weniger Tage eine große Anzahl Arbeiter an schwerer Gasvergiftung. — Auch im Gemeindegewald von Benmveier befinden sich noch Massen von Gasmunition.

Der Vizepräsident des Straßburger Landgerichts Julius Levy ist in Untersuchung gezogen worden. Das bekannte ehemals in deutschem Besitz befindliche Hotel „Rotes Haus“ in Straßburg war der Liquidation verfallen. Levy war früher Advokat und Kriegsgerichtsrat im deutschen Heer, nach dem Krieg Polizeipräsident von Straßburg. Er erwarb mit einem Kaufmann zusammen das Hotel für 1 250 000 Mk., um es sechs Monate später für 2 Millionen Franken (damals 5/4 Millionen Mark) zu verkaufen. Außerdem erhielt er eine Gratifikation von 50 000 Franken, die er allerdings wieder herausgab, als die Sache beim Gericht anhängig wurde. Der Fall ist beim Buchergericht und beim Disziplinargericht anhängig.

In Uhlhäuser i. E. bestehen vier Liebhabertheater, die nur Stücke in elsässischer Mundart aufzuführen. Diese Theater sind immer voll besucht.

Landessynode der Vereinigten evang. Landeskirche Badens.

Karlsruhe, 15. Juni. Die Landessynode der Vereinigten evangel.-protestantischen Landeskirche Badens

würde gestern vormittag nach heiligem Gottesdienst in der Schloßkirche, wo Prälat Schmitt hener die Festpredigt hielt, im Sitzungssaal des Bad. Landtags eröffnet. Kirchenpräsident Dr. Muchow begrüßte die Anwesenden und hielt eine von warmer Vaterlandsliebe, von tiefem sittlichem Ernst getragene Ansprache, in der er für das deutsche Volk und seine Regierung die Schuld am Krieg ablehnte, auf die tief bedauerlichen Mißstände unserer Zeit hinwies und Wege zeigte, die uns allmählich wieder aus dem schmerzlichen Unglück herausführen könnten. — Zum Präsidenten wurde Abg. Kellner (poj.) einstimmig gewählt, zum Vizepräsidenten van der Flöe (lib.).

Die Nachmittags-Sitzung der Synode wurde nach 4 Uhr eröffnet.

Präsident des Oberkirchenrats Dr. Muchow, legte der Synode die Vorlagen der Kirchenregierung vor. Zunächst das Haushaltsgesetz. Die finanzielle Lage der Kirche ist schwierig, namentlich dadurch, daß ihr durch den Uebergang der Einkommensteuer auf das Reich Steuerquellen entgangen sind. Erreulich ist, daß die Kirche sich bisher des Wohlwohlens des Staats und der politischen Parteien zu erweisen hatte. Die Kirchensteuer ist auf Grund der Steuerkataster vom Jahr 1919 zu erhöhen. Es widerspricht der Kirchenregierung den Kirchenbesessenen Steuern zuzumuten, die man nicht von ihnen erheben könne. Wo es notwendig ist, wird Steuerermäßigung gewährt. Der finanzielle Bedarf des Haushalts ist auf 18 700 000 Mk. angewachsen, davon sind 5 Millionen Mark durch Einnahmen gedeckt. Das zweite finanzielle Gesetz umfaßt die Neuordnung der Besoldung der Geistlichen. Die der Besoldung der Geistlichen im staatlichen Besoldungsgesetz entsprechenden Stufen sind die 10. und die 11. Für die Geistlichen ist nur eine Stufe vorgesehen und für sie eine Zwischenstufe geschaffen. Es wird also für die Geistlichen nur eine Besoldungsklassifikation geben. Unmöglich ist die Rückdatierung der Erhöhung der Bezüge auf den 1. April. Weitere Entwürfe betreffen die Neufestsetzung des Tagesaufwands der Abgeordneten der Landessynode u. a.

Die Synode sah von einer Aussprache ab. Dann wurden die Ausschüsse gebildet und die Vorlagen den einzelnen Ausschüssen zugewiesen.

Wetterliches Wetter.

Im Westen macht der Hochdruck weitere Fortschritte. Am Freitag und Samstag ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Bad. Landwirtschaftskammer.

Karlsruhe, 15. Juni. In der gestrigen Sitzung der Landwirtschaftskammer wurde zunächst die Wahl des Kammervorstands vorgenommen. Gewählt wurde zum Präsidenten der Kammer der Vorsitzende des Bad. Landbunds, Landwirt Gebhard-Eppingen mit 22 gegen 20 Stimmen, die auf den Grafen Douglas-Langenstein fielen. Als Vizepräsident wurde Staatsrat Weishaupt und zu Schriftführern Landwirt Dr. Wilh. Mattes-Stodach und Landwirt Fritz Zimmer-Ming (Amt Rehl) gewählt. Zu Beisitzern wurden bestimmt Graf Douglas-Langenstein, Verwalter Schweizer-Nappenan, Bürgermeister Red-Eggenstein, Frhr. von Mengingen-Mengingen, Delonimierat Schittenhelm-Hohburg; zu Stellvertretern: Landwirt Kläiber-Gundelfingen, Direktor Dr. Mengenhäuser-Freiburg, Ratsschreiber Lebert-Schwabhausen, Gutsbesitzer Wachs-Notenfels und Dr. Eichhorn-Karlsruhe. Daraus wurden die Ausschüsse gebildet. Entsandt wurden in den Ausschüß des Landwirtschaftsrats Gebhard-Eppingen, Staatsrat Weishaupt-Pfullendorf, Kläiber-Gundelfingen, Bierneisel-Lauba, als Stellvertreter Dr. Müller-Karlsruhe, Graf Douglas, Red, Dr. Mengenhäuser; in den Eisenbahnrat: Red, Frhr. von Mengingen, Bürgermeister Weishaupt-Metzkirch, Dr. Mengenhäuser. In den Bezirkseisenbahnrat Frankfurt a. M. Bierneisel, Stellvertreter: Wachs-Notenfels. Als Vertreter im Vorstand der Mannheimer Böhse wurde vorgeschlagen Red, als Stellvertreter Dr. Mengenhäuser; als Vertreter zum Bad. und Deutschen Weinbauverband wurden bezeichnet: Dr. Müller-Karlsruhe, Dr. Mengenhäuser, Schill-Merzhausen, Bärman-Merdingen und Günther. Es wurde beschlossen, den Vertrag mit dem landw. Verein so abzuändern, daß der Präsident des Bad. landw. Vereins mit vollem Stimmrecht dem Vorstand der Landwirtschaftskammer angehört während der Dauer des zwischen der Landwirtschaftskammer und dem Landw. Verein bestehenden Vertrags vom 1. Febr. 1911. Bis zur Aufstellung des neuen Voranschlags der Kammer für 1921 bis 1922 soll der Voranschlag für das Jahr 1920—21 für den Umfang der Ausgaben maßgebend sein. Der neue Voranschlag soll der Vollversammlung, die spätestens bis 1. Sept. stattzufinden hat, vorgelegt werden. Auf Antrag des Bürgermeisters Weishaupt-Metzkirch wurde beschlossen, die badische Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, die Zwangswirtschaft für das Getreide für das nächste Jahr schon jetzt aufzuheben, damit der Anbau von Brotgetreide in diesem Herbst schon in vermehrtem Umfang angeregt wird. Mit Rücksicht auf ihre Verdienste um die Kammer wurden die bisherigen Kammerpräsidenten Prinz Alfred zu Löwenstein und Delonimierat Saenger-Diersheim zu Ehrenpräsidenten der Kammer ernannt.

Vermischtes.

Oberschlesisches Hiltswert. Herr Krupp von Bohlen-Halbach hat dem Hiltswert für Oberschlesien 250 000 Mark gespendet. Die Stahl- und Eisenindustriellen vom Rheinland und Westfalen werden je nach der Zahl ihrer Arbeiter Beiträge leisten und zwar 5 Mark auf den Kopf ihrer Belegschaften.

Kapitalverleber. Die Inhaber der Firma E. Le-win in Breslau, Mag und Leo Lewin, wurden wegen Verschlebung von mehreren Millionen Mark ins Ausland verhaftet, jedoch gegen eine Sicherheit von 3 Millionen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Volkshochschule in Göttingen hat die in sie gesetzten gesetzten Erwartungen völlig enttäuscht und sie wird voraussichtlich aufgehoben werden, da sich kein Interesse für sie zeigt.

Die 16 Bergleute, die am 28. Mai durch eindringendes Hochwasser im Idaschacht bei Neuschwitz verunglückt sind, konnten noch nicht zutage gefördert werden.

Jubiläum des Freischütz. Am 18. Juni werden die deutschen Opernbühnen den „Freischütz“ aufführen. Vor hundert Jahren ist diese urdeutsche Volksoper, das erste Meisterwerk der ausgesprochen romantischen Kunstanschauung, im königlichen Schauspielhaus in Berlin zum ersten Mal aufgeführt worden. Die deutsche Musik liege damals endgültig über das Italienerium, das schlechte deutsche Singspiel über die große italienische Oper. Erst mit dem Durchbruch der Romantik in der Musik, die eine nationale Bewegung war, indem sie die deutsche Vergangenheit künstlerisch entdeckte, konnte die Sehnsucht nach der deutschen Oper, die schon Mozart in der „Entführung“ und der „Zauberflöte“ getrieben hatte, erfüllt werden. Der „Freischütz“ war ganz deutsch, in Text, Handlung und Musik, im ganzen Umfang seines Stoffs, der einer alten Volksfabel entnommen war, dem Gespensterbuch von Apel und Lann, und Karl Maria von Weber schon früh beschäftigt hatte. Weber brauchte vier Jahre, er ließ die Musik zur „Jägerbraut“, wie die Oper ursprünglich heißen sollte, langsam reifen. Jeder Deutsche fühlt jeden Ton des Werks aus seinem Herzen tönen, als habe er ihn selbst erbacht. Die Weisen des „Freischütz“ drangen rasch in das Volk, das in ihnen die Wärme seines innersten Gemütslebens empfand. Die Melodie vom Junger Franz kann heute noch jeder singen, dem die neuesten Operettenschlager nicht ganz den Geschmack

verdorben haben. Neben der echten Volkstümlichkeit der Weisen war es das innige und starke Naturgefühl im Freischütz, das romantische Spiel der Naturgewalten, dem man sich damals mit naivem Glauben hingab. In den wohligen Klängen über dem Waldweben lebte der grüne deutsche Wald, dessen Schrecken in der finsternen Wölfsnacht mächtig ergriffen. Während die Musik der klassiker Charaktere bildete, ging die romantische Musik auf die Erzeugung von Stimmungen aus. Beethoven, der in seinen Overtüren wie in seinen Sinfonien bereits den Kampf der dramatischen Gegensätze aufgenommen hatte, war auch darin Webers Wegbereiter gewesen. Das Freischützvorpiel gibt bereits den Inhalt der Oper selbst an. Richard Wagner hat dieses dramatische Prinzip der Vorspielform vollendet, wie er die Technik des Leitmotivs, die feinhaft auch schon im Freischütz vorgebildet ist, zum beherrschenden Mittel des sinfonisch-dramatischen Aufbaus machte. Wagners Liebe galt schon seit seinen Jugendjahren dem „Freischütz“. Wie Wagner in Sacher des „Freischütz“ den Bühnenschlendrian bekämpfte, so in neuerer Zeit Hans Pfitzner, der das Ueberwuchern der Technik und die Abkehr von der Innerlichkeit der Kunst in unserer Zeit beklagt. Er hat dem Werk die Natürlichkeit wiedergeben wollen, zu der unser aufgeklärtes Zeitalter unfähig geworden ist. Pfitzner selbst hat mit seinem „Palestrina“ den Grabesang der romantischen Oper geschrieben. Das Ende der Romantik ist auch das Ende der nationalen Bewegung in der Kunst. Heute treiben wir im internationalen Fahrwasser. Leier und Schwerdt, die Weber besang, ruhen; aber im „Freischütz“ empfinden wir noch den frischen Schlag des deutschen Herzens.

Lotales.

Der Honigpreis wurde von dem Inhaberverein des mittleren Neckar auf 18 Mark für das Pfund festgesetzt. Die Inhaber vom oberen Neckar haben einen Preis von 16 Mark beschlossen.

— Auch die Bienen! Im Herbst d. J. sollen rund 750 000 Bienenvölker in Aachen samt dem Honig an Frankreich und Belgien geliefert werden.

— Druckarten mit Nachnahme sind zulässig, auch wenn außer der Aufschrift und dem Postvermerk auf der Karte nicht gedruckt oder vervielfältigt ist.

Das kritische Jahr. Im Weltkrieg sind die Prophezeiungen des Nostradamus (1503 bis 1566) häufig angeführt worden. Er war Jude und hieß Michel. Nach seinem Uebertritt zum Christentum in Paris führte er den Namen Michael de Notre Dame, woraus latinisiert Nostradamus wurde. Er zeichnete sich durch großen Verstand aus und wurde Arzt, besetzte sich aber dann auf Wunderkuren und Prophezeiungen, die absichtlich in so dunkler Sprache abgefaßt sind, daß es nicht allzuschwer ist, für jeden Fall das Passende herauszufinden. So hat man jetzt unter seinen gesammelten Voraussagungen folgende gefunden, die sich auf das Jahr 1921 beziehen soll: Das Jahr wird ein kritisches werden. Die Völker, die ihre ursprünglichen Wege verlassen haben, um die Freiheit zu finden, werden merken, daß sie mehr und mehr verflucht werden, und werden beginnen, sich darüber zu ärgern, daß sie Freiheit und Religion verloren haben. Sie werden die äußersten Linksparteien niederschlagen. Dann beginnt ein goldenes Zeitalter bis 1996. 1921 wird Frankreich wieder Monarchie. Große Umwälzungen geschehen in der Regierung der Staaten. Die Neugeburt, die dahin vor sich geht, ist zum Teil einer großen und mächtigen Persönlichkeit zuzuschreiben, die wahrscheinlich aus dem nördlichen Frankreich kommt und einem alten Geschlecht angehört, das man für ausgestorben hielt. In diesem Jahr werden Frieden und Einigkeit unter den Völkern eintreten, die die Schranken brechen werden, die ihre Regierungen errichtet haben.

Christophshof, 16. Juni 1921.



Todesanzeige.

Heute früh 1/5 Uhr ist nach längerem Leiden mein lieber Gatte, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder u. Schwager

Carl Friedrich Schrafft

Landwirt im Christophshof im Alter von 80 Jahren, sanft in dem Herrn entschlafen.

Um stille Teilnahme bittet namens der trauernden Hinterbliebenen.

Die Witwe:
Wilhelmine Schrafft
geb. Günther

Beerdigung Samstag nachm. 3 Uhr in Sprollenhans.

Ein Wohnhaus-Anteil

ist unter günstigen Bedingungen bei entsprechender Anzahlung zu erwerben.

Ges. schriftl. Anfragen unter Nr. 135 an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Empfehle mich zur Lieferung aller Arten Gemüse zum billigsten Tagespreis.

Otto Hartmann, Gemüseversand
HEILBRONN, Lothorstrasse 18
Telefon 1300, (früher Bauernverein).

Geschäfts-Empfehlung.

Der geschätzten Einwohnerschaft von Wildbad zur gest. Kenntnis, daß wir unter heutigem ein

Maurer- u. Steinhauergeschäft

eröffnet haben und empfehlen uns für alle in unser Fach einschlagenden Arbeiten bei sehr mäßiger Berechnung unter Zusicherung reeller Bedienung.

Wildbad, 16. Juni 1921.

Hochachtungsvoll
Bott & Geigle
Maurer.

Großes Aufsehen erregt

das neue Modell der

Torpedo - Schreibmaschine

Unübertroffen in Leistung und Ausführung!

Ein Meisterwerk deutscher Technik!



Prospekt, Vorführung und sofortige Lieferung zu Orig.-Fabrikpreisen durch den Allein-Vertreter für den Schwarzwald

LOUIS SCHLEH : BÜRO-BEDARF : FREUDENSTADT
Telephon Nr. 27. Lieferant erster Firmen.

Spezial-Haus
Rudolf Wieser
Pforzheim
Westliche 16

in
Strumpf-, Weiß- und Wollwaren,
Hand-Arbeiten,
Baby-Ausstattungen

Austrägerin

für eine wöchentlich erscheinende Ztg. sofort gesucht.

Auskunft erteilt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Neue Gebirgsschuh

Größe 43, weil entbehrlich zu verkaufen.

Anzusehen Samstag abend in der Eintracht.

Dr. Roth

Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten
Pforzheim, Bahnhofplatz 3

hält jeden Samstag-Nachmittag von 3—4 Sprechstunde im Katharinenstift ab.

Laufen Sie viel?

Dann kommt für Sie nur ein Stiefel in Betracht:
Dr. Diehl-Stiefel
für Herren, Damen u. Kinder
Vorteile: Ventilation, Rotationsform, geräuschl. Gang, Schutz geg. Plattfuß, gepolsterte Unterstützung des Fußgewölbes. — Naturgemäße Fußbekleidg. mit allen hygien. Vorzügen.
Montierte Profilschle genäht.
Alleinverkauf:
Schuhhaus Wiltb. Treiber.

Junge Hunde

(10 Wochen alt) schöne Tiere zu verkaufen

Alte Linde.

Mädchen-Gesuch.

Für sofort fleißiges, anständiges
zweites Mädchen für Küche gesucht.

Hotel goldner Stern
Wildbad.

Zukunft:

Glück, Reichtum, Eheleben, Charakter wird nach Astrologie (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdatum und Schrift einsenden Viele Dankschreiben aufzuweisen. Preis 9 Mk., Nachn. 10 Mk. Schaub, Hannover, Uhländstr. 3.

Wo

könnte ein Fräulein, Ende der 20er Jahre, musk., franz. im Ausland erlernt, für einige Wochen

Aufenthalt

nehmen, gegen Unterstützung der Hausfrau, Beaufsicht. der Kinder; evtl. wird noch II. Vergütung gegeben.

Angeb. unt. 423 hauptpostfl.
Worms a. Rh.

Garagen i. Bädern

verkauft spielend uns.
Zubehör-Neuheiten
Aero-Ges. Berlin W. 15.
Joachimsthalerstr. 9

Pfannkuch & Co

Frisch eingetroffen!
Pyramiden-Fliegenfänger mit Stift
Stück 45 Pfg.

Pfannkuch & Co

Habe im Auftrag zu verkaufen:
2 schöne wollene **Bettdecken**, sowie ein paar **Schnürschuhe**
Nr. 45.
Auskunft durch die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Ein gebr. gut erhaltenes **Kuhgeschirr** ist preiswert abzugeben. Näheres bei der Exped. ds. Mattes.

